

Rundbrief

für ver.di Aktive im Saarland

Ausgabe 04/25 (Nr.32) am 3.02.25

Am 15. Februar in Saarbrücken:

Butter oder Raketen?

ver.di ist parteipolitisch unabhängig, aber wir sind nicht unpolitisch. Gerade jetzt gilt es sich einzumischen, damit unsere Sorgen und Anliegen auch wahrgenommen werden. Deswegen sind wir am 15.2. in Saarbrücken unterwegs.

Mit der Aufforderung, sich für Frieden und Abrüstung einzusetzen, beteiligen wir uns an dem Aktionstag der Friedensbewegung am 15. Februar in Saarbrücken. Wir sagen: Nein zur Aufstellung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland. Sie steigern die Spannungen und sind insbesondere für uns in der Nähe zu Ramstein die Gefahr, zum Ziel eines Präventivangriffs zu werden. Raketen sind Magneten. Die Stationierung wurde ohne jede öffentliche und parlamentarische Diskussion entschieden. Abrüstungsverhandlungen sind nicht vorgesehen. Wir bleiben dabei, Konflikte und Rivalitäten nicht militärisch zu lösen, sondern alles zu tun, Kriege zu vermeiden oder zu beenden.

Gegen die Stationierung neuer US-Atomraketen wendet sich der im Oktober formulierte Berliner Appell. Zu den Erstunterzeichnern gehören Aktive der Friedensbewegung wie Willi von Ooyen, Gewerkschafter wie Jürgen Peters (IG Metall), Bundestagsabgeordnete wie Gesine Lötzsch („Die Linke“), Kir-

chenvertreter wie Margot Käßmann und Künstlerinnen und Künstler wie Tino Eisbrenner.

Wir sind in Sorge, dass diese dringenden Probleme nicht angepackt werden, weil Deutschland im Sausechritt kriegstüchtig gemacht werden soll. Die Kriege in der Ukraine, im Nahen Osten oder anderswo haben eine sogenannte „Zeitenwende“ eingeleitet.



Die Rundfunkreform Ist der ÖRR zukunftsfähig?

Es diskutiert mit uns

Michael Steinmetz

**Do, 13.2.25 18.00 Uhr
ver.di-Haus Saarbrücken**

Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Clemens Fues, Präsident des Wirtschaftsforschungsinstituts IFO, sprach es bei Maybrit Illner aus: „Kanonen und Butter, es wäre schön, wenn das ginge, aber das ist Schlaraffenland, das geht nicht.“

Greifen wir in den Wahlkampf ein und machen wir die gewerkschaftlichen Forderungen bekannt. Auf die Alternative Butter oder Raketen angesprochen, sprechen wir uns für Butter aus.

Komm auch Du um 10 Uhr in die Bahnhofstraße in Saarbrücken, Höhe Thalia.

VER.DI WÄHLT

ver.di rief mit auf:

Keine Stimme für die Rechtsextremen

Am Sonntag, dem 2. Februar 2025 demonstrierte auch der Ortsverein der ver.di für Demokratie und Vielfalt durch Saarbrücken. 20.000 waren in Saarbrücken gegen Rechts auf der Straße.

Am 29. Januar stimmte eine Mehrheit der Abgeordneten für den so genannten 5-Punkte-Plan von CDU/CSU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz. Eine Mehrheit aus CDU-/CSU-Abgeordneten, FDP-Abgeordneten sowie der Abgeordneten der AfD stimmten mit nur drei Stimmen Mehrheit für einen Antrag, dessen Umsetzung in geltendes Recht keines der Attentate verhindert hätte. Am Freitag fand sich dann keine Mehrheit für das sogenannte Zustrombegrenzungsgesetz der Union. Nach einer hitzigen Debatte wurde der Gesetzesentwurf mit 350 Neinstimmen abgelehnt. 338 Abgeordnete stimmten mit Ja, fünf Abgeordnete enthielten sich.

Der Gesetzesentwurf enthielt Maßnahmen zur Eindämmung der Migration.

Kern war die Aussetzung des Familiennachzugs für Geflüchtete mit eingeschränktem Schutzstatus. Außerdem sollten die Befugnisse der Bundespolizei erweitert werden. Darüber hinaus wollte die Union mit dem Gesetz das Ziel einer Begrenzung des Zuzugs von Ausländern wieder ins Aufenthaltsgesetz aufnehmen, das die Ampelkoalition gestrichen hatte.

Den Gesetzesentwurf sehen viele als einen Widerspruch zum im Grundgesetz verankerten individuellen Grundrecht auf Asyl: „Die Union nimmt für ihre Verschärfungsvorschläge in der



Flucht- und Migrationspolitik die Stimmen derer in Kauf, denen das Grundgesetz ein Dorn im Auge ist,“ so unser ver.di-Vorsitzender Frank Werneke. Dieser Kurs spiele der AfD in die Hände.

In ganz Deutschland kam es zu Protesten. Hunderttausende Menschen sind in den vergangenen Wochen in Deutschland auf die Straße gegangen. Große Veranstaltungen mit mehr als 10.000 Demonstrierenden hat es schon vorher nicht nur in Riesa, sondern auch in Hamburg, Köln oder Freiburg gegeben. Über 150 Demonstrationen gegen Hass und Hetze gab es allein letztes Wochenende. In Berlin waren es 250.000 Menschen.

Unter dem Motto „Keine Stimme für die Rechtsextremen“ kam es dann am Sonntag, 2.2., in Saarbrücken zur Demonstration und Kundgebung. Über 70 Gruppen hatten den Aufruf unterstützt. Auch ver.di-Saar rief dazu auf. Der Vorstand hatte in einem Umlaufbe-



schluss noch am Nachmittag des 29.1. dies einstimmig entschieden. Ab mittags am 31.1. bewarb auch der ver.di Bezirk den Protest. Unter den Aufrufern standen verschiedene Gliederungen von SPD, kirchli-



che Gruppen, Bündnis 90/Die Grünen, die LINKE, Volt, der Paritätische, Jugendverbände, Fridays for Future, FriedensNetz Saar und zahlreiche Initiativen und Gruppen.

Wir erleben einen beispiellosen politischen Rechtsruck innerhalb kürzester Zeit. Die sich mit Beginn der zweiten Präsidentschaft Donald Trumps ändernden geopolitischen Spielregeln veranlassen auch deutsche politische Kräfte zu neuen Herangehensweisen, wobei selbst bisherige parlamentarische Gepflogenheiten in Frage



gestellt werden. Bei aller auch dem Wahlkampf geschuldeten Inszenierungen und Verlogenheiten, muss das Schauspiel durchaus als eine Kampfansage begriffen werden, weil wir befürchten müssen, dass diese rechte Mehrheit sich durch die Wahlen vergrößern wird und dann auch in anderen Bereichen ein-

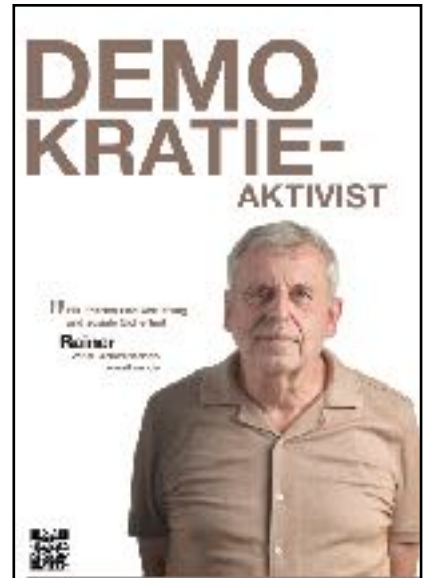


gesetzt werden wird, auch wenn es vermutlich nicht im Februar zu einer schwarz-blauen Regierung kommen wird.

Jeder verabscheuungswürdige Anschlag wird von den Parteien bereitwillig genutzt, um die Befugnisse der Behörden auszuweiten und die Stimmung gegen Migranten und Geflüchtete anzuhetzen. Geflüchtete, die vor den Kriegen und der Umweltzerstörung fliehen, werden hier kriminalisiert und schnellstmöglich abgeschoben. Selbst wenn das bedeutet, sie in Kriegsländer wie Syrien oder Afghanistan zurückzuschicken.

Stets will man uns glauben machen, dass die Krise von Außen kommt, dass der Flüchtling, dass der Ausländer „unser Unglück“ sei. Denn ansonsten müsste man die krisengeplagte Gesellschaft radikal infrage stellen, eine Gesellschaft, die auf die Polykrisen keine Antwort mehr hat, außer immer weiter nach rechts zu rücken.

Allerdings ist das keine Automatik. Was tatsächlich umgesetzt werden wird, hängt auch von dem gesellschaftlichen Widerstand ab, der sich in der kommenden Zeit zeigen muss. Erfreuliches Signal waren zahlreiche Proteste wie die Demonstration in Saarbrücken. Ein alleiniges Engagement gegen die AfD reicht



da allerdings nicht aus. Auch die anderen Parteien tragen Verantwortung und auch sie betrieben eine demokratiefeindliche Politik. Deswegen dürfen wir uns von diesen Parteien nicht vereinnahmen lassen. Die Proteste müssen sich nicht nur gegen die AfD, sondern gegen die Rechtsentwicklung und auch gegen Kriegsvorbereitung und Aufrüstung richten.

Podiumsdiskussion in Saarbrücken

ver.di wählt sozial

Zur Bundestagswahl 2025 fordert ver.di die demokratischen Parteien auf, eine zukunftsorientierte Politik zu gestalten. Eine Politik, die allen Menschen soziale, wirtschaftliche und politische Teilhabe ermöglicht. Dafür lud ver.di Region Saar Trier die saarländischen Kandidat*innen am 3. Februar in den großen Saal der Arbeitskammer nach Saarbrücken ein. Die 50 Teilnehmer*innen kamen größtenteils aus den Betrieben und Verwaltungen des öffentlichen Dienstes.

Fragen wurden gestellt an Dardan Terstena von der CDU, David Maaß von der SPD, Volker Morbe von den Grünen, Dr. Michael Arndt von den Linken, Roland König von der FDP und Desiree Kany vom BSW. Ob



nun die aktuellen Forderungen zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst, ob Kommunalfinzen oder Tarifbindung - die Kandidaten hatten jeweils

2 Minuten Zeit, um auf die gleichen Fragen zu antworten. Auch die Forderung zur Gewichtsbeschränkung von Paketen oder die Personalsituation und Arbeitsbedingungen im ÖD waren Gegenstand der zweistündigen Diskussion. Ferner

ging es um den Kampf gegen Rechtsextreme und für die Aufwertung der Care-Berufe bzw. die Gleichstellung der Frau, insbesondere gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit.

Man konnte sich nicht den Eindruck erwehren, dass bis auf wenige Nuancen die Befragten alles heldenhafte Kämpfer für die Gewerkschaftsrechte sind. Der Autor dieses Artikels fühlte sich an den Wolf erinnert, der den Schafen versichert, wenn ihr mich wählt, dann werde ich nach der Wahl Vegetarier.



Märztreffen eine Woche später

Wie weiter nach den Bundestagswahlen?

Im März verlegen wir unseren übliches Treffen um eine Woche. Wir treffen uns am Donnerstag, 20. März um 18 Uhr im ver.di-Haus.

Als Gast werden wir den neuen Geschäftsführer des ver.di-Bezirk Region SaarTrier, Christian Umlauf, begrüßen können. Inhaltlich wollen wir uns mit den Aufgaben der ver.di nach den Bundestagswahlen beschäftigen.

Verluste nicht ausgeglichen

Die Lohnentwicklung

Die Tariflöhne in Deutschland stiegen im Jahr 2024 nominal um durchschnittlich 5,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Da die Inflation zurückging, ergibt sich mit durchschnittlich 3,2 Prozent erstmals seit Jahren wieder ein Reallohnzuwachs, wie die WSI-Tarifbilanz zeigt.

„Die Tariflohnentwicklung des Jahres 2024 ist nach wie vor eine Reaktion auf die außergewöhnlich hohen Inflationsraten der Vorjahre, in denen die Beschäftigten einen erheblichen Rückgang der Reallöhne hinnehmen mussten“, sagt der Leiter des WSI-Tarifarchivs, Thorsten Schulten. „Durch die kräftigen Reallohnzuwächse in diesem Jahr konnten die Kaufkraftverluste der drei Vorjahre etwa zur Hälfte kompensiert werden. Es besteht weiterhin Nachholbedarf.“

2024 wurden für rund 12,6 Millionen Beschäftigte neue Tarifverträge abgeschlossen. Hinzu kommen Tarifierhöhungen für weitere 7,9 Millionen Beschäftigte, die bereits 2023 oder früher vereinbart wurden. Insgesamt profitieren 2024 also gut 20 Millionen Beschäftigte von tariflichen Lohnsteigerungen. „Solche Zahlen machen deutlich, dass das Tarifsystem ein wichtiges Instrument ist, um materielle Teilhabe zu gewährleisten. In einer Zeit, in der sich viele Menschen Sorgen machen, ob sie künftig ihren Lebensstandard halten können, ist es ein besonders wichtiger Faktor gesellschaftlicher Stabilisierung“, sagt Bettina Kohlrausch, Direktorin des WSI.

Einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Tariflöhne leisteten im Jahr 2024 die sogenannten Inflationsausgleichsprämien, die in vielen Tarifbereichen vereinbart wurden. Dabei handelt es sich um steuer- und abgabenfreie Einmalzahlungen, die den Beschäftigten im Vergleich zu einer regulären Tarifierhöhung einen höheren Nettolohn und den Arbeitgebern niedrigere Arbeitskosten bescheren. „Allerdings sind die Inflationsausgleichsprämien als Einmalzahlungen durchaus ein zweischneidiges Schwert“, so Tarifexperte Schulten. Auf der einen Seite haben sie kurzfristig geholfen, Kaufkraftverluste zu begrenzen, und sorgen in dem Jahr für Reallohnzuwächse. Aber dieses Geld fehlt in den kommenden Jahren. Schon jetzt ist absehbar, dass sich der Wegfall der Inflationsausgleichsprämien im Jahr 2025 stark dämpfend auf die Tariflohnentwicklung auswirken wird.

Tarifrunde Deutsche Post AG:

Weiterhin keine Annäherung

Auch nach der zweiten Tarifverhandlungsrunde für die rund 170.000 Tarifbeschäftigten, Auszubildenden und dual Studierenden bei der Deutschen Post AG am 23./24. Januar hat es keine Annäherung gegeben. „In den zwei Tagen Verhandlung gab es kaum Bewegung und keine greifbaren Verhandlungsergebnisse“, sagte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende und Verhandlungsführerin Andrea Kocsis. „Stattdessen heißt es, die Forderungen der Beschäftigten seien nicht finanzierbar. Diese Sichtweise ist für uns nicht akzeptabel. Nur mit deutlichen Lohnsteigerungen für die Beschäftigten lassen sich die noch immer hohen Lebenshaltungskosten bewältigen.“

ver.di hat die Forderung nach 7 Prozent mehr Geld für die Arbeitnehmer*innen, Auszubildenden und dual Studierenden, drei zusätzlichen Tagen Urlaub für die Tarifbeschäftigten und Auszubildenden sowie ein zusätzlicher Urlaubstag für ver.di-Mitglieder bei einer Laufzeit von 12 Monaten bekräftigt.

Über konkrete Warnstreikmaßnahmen wird ver.di jeweils gesondert und zeitnah informieren, der erste bundesweite Warnstreik fand am 28. Januar statt.

Die Einkommen der großen Mehrheit der Beschäftigten bei der DP AG liegen noch immer unter dem mittleren Einkommen (Medianeinkommen) in Deutschland.

Nicht ohne Grund erwarten die Beschäftigten eine deutliche Lohnerhöhung sowie Entlastung durch zusätzliche Urlaubstage. Aktuell erhalten rund 90 Prozent der Kolleg*innen ein Bruttogehalt zwischen 2.448 Euro und 3.430 Euro. Die Löhne liegen damit unter dem Medianeinkommen, trotz der guten wirtschaftlichen Situation der DAX-notierten Deutschen Post. Angesichts hoher Preise für Mieten und Lebensmittel müssen die Löhne steigen, damit die Kolleg*innen über die Runden kommen.

Dazu kommt: Die Arbeit als Brief- und Paketzusteller sowie als Verlader ist körperlich sehr anstrengend. Etwa 90 Prozent der Beschäftigten arbeiten unter hoher körperlicher Belastung und müssen schwer heben und tragen. Zusteller*innen sind jedem Wetter ausgesetzt und müssen oft schwere Pakete ausliefern – allein bis zu 31,5 kg. Die Arbeit wird immer mehr, die Belastung steigt, auch psychisch. Nicht ohne Grund ist der Krankenstand in der Branche überdurchschnittlich hoch. „Durch steigende Paketmengen und Gewichte brauchen unsere Mitglieder weitere Entlastung durch zusätzliche Freizeit“, erklärt Andrea Kocsis die Forderung nach drei Tagen mehr Urlaub. „Die zusätzlichen Urlaubstage sind dringend notwendig für den Gesundheitsschutz der Kolleginnen und Kollegen, der Krankenstand liegt auf Rekordhöhe.“

Für die rund 19.000 Beamt*innen des Unternehmens fordert ver.di, dass die sogenannte Postzulage fortgeschrieben werden soll. Diese Zulage gleicht die Besoldungsdifferenz der Post-Beamtinnen und Post-Beamten zu den übrigen Bundesbeamten aus.

Schluss mit den Ritualen!

Wir wollen ein Angebot

Zum Start der Tarifrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen hat ver.di ihre Forderung mit einem Volumen von acht Prozent mehr Geld, mindestens aber 350 Euro für Lohnerhöhungen und Zuschläge für besonders belastende Arbeit sowie mehr Zeitsouveränität bekräftigt. Die Arbeitgeber sind gefordert, in der nächsten Runde ein ordentliches Angebot vorzulegen: Schluss mit den Ritualen! In den Betrieben und Dienststellen machen wir jetzt deutlich, wie ernst es uns ist.



Die Verhandlungen für die mehr als 2,5 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen gehen am 17. Februar 2025 weiter.

Die erste Runde in den Tarifverhandlungen für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen ist ohne Ergebnis verhandelt worden.

Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke machte klar, dass es nicht ausreicht, wenn die Arbeitgeber nur Verständnis für die starke Überlastung und die finanzielle Situation der Beschäftigten zeigen. Wichtig ist vielmehr, Lösungen für die großen Arbeitsbelastungen zu finden und die Gehälter deutlich anzuheben. Nur so können der öffentliche Dienst attraktiver gemacht und ausreichend Arbeits- und Fachkräfte gewonnen werden. Die Beschäftigten sind überlastet, viele Kommunen kaum noch handlungsfähig: Im öffentlichen Dienst sind aktuell rund 500.000 Stellen unbesetzt.

„Die Kolleg*innen müssen mit immer weniger Personal immer mehr Aufgaben bewältigen. Über kurz oder lang droht ein Kollaps, wenn jetzt nicht gehandelt wird“, mahnte Werneke. „Die Beschäftigten setzen auf ein positives Signal der Arbeitgeber und konkrete Antworten auf ihre Forderungen. In diesen unsicheren Zeiten ist es besonders notwendig, zielorientiert zu verhandeln. Deshalb erwarten wir in der zweiten Runde deutliche Fortschritte. Das ist nur möglich, wenn die Arbeitgeber ein verhandlungsfähiges Angebot vorlegen.“ In den Dienststellen und Betrieben des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen wird jetzt über den Stand der Verhandlungen und das weitere Vorgehen beraten.

GMK 2025:

Gemeinsam fahren wir nach Weimar

Wir fahren nach Weimar inklusive Übernachtung, Frühstück und Demonstration.

Die Konferenz der Gesundheitsminister*innen 2025 findet statt am 11. und 12. Juni in Weimar statt. Traditionell organisiert der Fachbereich C am ersten Konferenztag eine Veranstaltung vor Ort sowie ein öffentliches Zusammentreffen mit den Minister*innen. Wer vom Ortsverein möchte mit zu dieser Aktion nach



Aktion 2024 in Travemünde



Aktion 2023 in Friedrichshafen am Bodensee

Weimar fahren und den Fachbereich unterstützen, schließlich geht es um Gesundheitspolitik und um die Zukunft der Krankenhäuser.

Wir fahren am 10. Juni gemeinsam mit einem Bus



Aktion 2018 in Düsseldorf



Aktion 2015 in Bad Dürkheim

nach Weimar und übernachteten dort einmal. Der Teilnehmer*innen entstehen keine Kosten.



Saarländischen Demonstranten mit SPD-Minister

Da das Thema Gesundheit für alle wichtig ist, freuen wir uns, wenn ihr euch beteiligt.



Da kam die Ministerin von der CDU

Wir bitten deshalb jetzt um verbindliche Anmeldung entweder beim Fachbereich (lisa.Summkeller@verdi.de) oder über unseren Kollegen Quetting: Mail an Michae@Quetting.de